Pressemitteilung

2. Januar 2018

Öffentlich-rechtlicher Rundfunk: Chancen und Risiken der Ausweitung der Verweildauer von Filmen, Reportagen und Dokumentationen in den Mediatheken

Berlin, den 02.01.2018. Die deutsche Medienlandschaft beschäftigt aktuell vor allem ein Thema: die Strukturdebatte des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Auch die aktuelle Ausgabe von Politik & Kultur 1/18 greift das Thema umfänglich auf.

Prof. Dr. Lothar Mikos, Professor für Fernsehwissenschaft an der Filmuniversität Babelsberg Konrad Wolf, analysiert die Debatte kritisch: „Eine Strukturreform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks kann an zahlreichen Details der Programmproduktion, der Archivierung, der Organisation und der Verwaltung ansetzen, die verfassungsrechtlich garantierte Programmautonomie darf jedoch nichtberührt werden.“ Mikos schlägt u.a. eine gemeinsame Mediathek aller ARD-Anstalten und die Orientierung am Modell des britischen „Communications Act“ vor. Lesen Sie den gesamten Text auf **S. 11 in Politik & Kultur 1/18**.

Zudem diskutieren Vertreterinnen und Vertreter öffentlich-rechtlicher und privater Medien sowie zivilgesellschaftlicher Verbände die Frage: Welche Chancen, aber auch Risiken hat eine Ausweitung der Verweildauer von Filmen, Reportagen und Dokumentationen in den Mediatheken des öffentlich-rechtlichen Rundfunks? Dabei gehen die Meinungen von **Thomas Frickel**, Vorsitzender und Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft Dokumentarfilm (AG DOK); **Alexander Thies**, Vorsitzender des Gesamtvorstands der Allianz Deutscher Produzenten – Film & Fernsehen (Produzentenallianz); **Karola Wille**, ARD-Vorsitzende bis Ende 2017; **Jürgen Kasten**, Geschäftsführer des Bundesverbandes Regie; **Alfred Holighaus**, Präsident der Spitzenorganisation der Filmwirtschaft (SPIO); **Jan Herchenröder**, Geschäftsführer des Verbands Deutscher Drehbuchautoren; **Hans Demmel**, Vorstandsvorsitzender des Verbands Privater Rundfunk und Telemedien e.V. (VPRT) und Geschäftsführer von n-tv; **Thomas Bellut**, Intendant des ZDF, weit auseinander. Lesen Sie alle Beiträge auf den **Seiten 12 und 13 in Politik & Kultur 1/18**.

- **Die offizielle Stellungnahme des Deutschen Kulturrates „Zur Anpassung des Telemedienauftrags des öffentlich-rechtlichen Rundfunks“ finden Sie auf der Seite 30.**

Der Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates, **Olaf Zimmermann**, sagte: „Ziel muss es

Adresse:
https://www.kulturrat.de/presse/pressemitteilung/oeffentlich-rechtlicher-rundfunk-chancen-und-risiken-der-ausweitung-der-verweildauer-von-filmen-reportagen-und-dokumentationen-in-den-mediatheken/

sein, die Belange des öffentlich-rechtlichen Rundfunks sowie die der privaten Medienunternehmen im Sinne eines fairen Wettbewerbs und innerhalb einer Dualen Rundfunk- und Medienordnung bestmöglich in Einklang zu bringen. Mit Sorge und Unverständnis hat der Deutsche Kulturrat Äußerungen aus dem Kreis der Politik zur Kenntnis genommen, wonach eine Ausweitung des Mediathekenangebots »aufwendungsneutral« erfolgen soll, d. h. keine weiteren Mittel bereitgestellt werden sollen, um eine fortgesetzte Nutzung von Inhalten zu kompensieren. Das Ziel der Beitragsstabilität darf nicht zulasten des deutschen Kulturbetriebs und der Kreativwirtschaft gehen. Unabdingbare Grundprämisse einer Online-Nutzung von audiovisuellen Inhalten ist es, dass die für die Erstellung dieser Inhalte kreativ verantwortlich zeichnenden Personen, d. h. die Urheber, ausübenden Künstler und ihre Partner, die Produzenten, für ein »Mehr« an Nutzungsmöglichkeit zusätzlich angemessen vergütet werden."

Politik & Kultur ist die Zeitung des Deutschen Kulturrates. Sie wird herausgegeben von Olaf Zimmermann und Theo Geißler. Sie erscheint sechsmal jährlich und ist erhältlich in Bahnhofsbuchhandlungen, an großen Kiosken, auf Flughäfen und im Abonnement: Einzelpreis: 4,00 Euro, im Abonnement: 24,00 Euro (inkl. Porto).

Die Januar/Februar 2018-Ausgabe von Politik & Kultur steht hier auch kostenlos als pdf-Datei zum Herunterladen bereit.

Copyright: Alle Rechte bei Deutscher Kulturrat